

# Politischer Wegweiser für Freiheit und Vaterland

Erscheinungstage: 10. und 25. im Monat. Bezugspreis 75 Pf. monatlich

Nr. 23      Halle (Saale), 10. Dezember 1930      11. Jahrgang

## Massenversammlung der Staatspartei Ortsgruppe Halle

Ueberfüllter Saal - Stürmische Zustimmung - Parallelversammlung

Der Monat Dezember gilt als Weihnachtsmonat für politische Versammlungen als wenig geeignet. Trotzdem hatte die Ortsgruppe Halle der deutschen Staatspartei den Versuch gemacht, politisch interessierte Männer und Frauen zu einem Aufklärungs- und Ausspracheabend einzuladen, um einige in der letzten Zeit besonders hervorgetretene politische Probleme zu klären und zu besprechen. Dieser Versuch ist glänzend gelungen. Der geräumige Saal, in dem jeder Platz für einen Stuhl ausgenutzt war, erwies sich für die zuströmenden Versammlungsbesucher als viel zu klein. Hunderte mußten stehen, so daß die Polizei den Saal spernte. In aller Eile wurde eine Nebenversammlung eingeleitet. Aber so schnell das auch ging, es mußten viele umkehren, die in dem Hauptversammlungsraum keinen Einlaß mehr fanden. Für die Deutsche Staatspartei, die mit diesem Aufklärungs- und Ausspracheabend zum ersten Mal vor die Öffentlichkeit trat, ist diese Veranstaltung zweifellos ein starker Erfolg. Ein Erfolg durch das große Interesse, das die zahlreich erschienenen Gäste an ihr bekundeten, und ein Erfolg auch durch die wiederholt von stürmischem Beifall begleiteten Ausführungen des Redners, Minister Dr. Schreiber. Man muß lange Zeit zurückgehen, um einen annähernd so starken Besuch und einen ähnlichen Verlauf einer politischen Kundgebung feststellen zu können. Es waren gewiß auch viele politisch anders eingestellte Besucher da, aber alle standen unter dem Bann und unter der Wucht der Beweisführung des preußischen Handelsministers, der die brennenden Fragen unserer Wirtschaftspolitik und unserer heutigen Wirtschaftslage vom staatspolitischen und wiederum auch fachmännischen Gesichtspunkte aus behandelte und Wege zu ihrer Lösung zeigte. Leider fehlt der Raum, auf alles einzugehen.

Unsere Wirtschaftslage, so führte Dr. Schreiber u. a. aus, lasse sich nur im Zusammenhang mit der Weltwirtschaft prüfen. Als Ursache des Elends in der Welt seien in erster Linie die

**willkürlich erfolgten Friedensdiktate**

zu nennen. Ohne jeden wirtschaftlichen Sinn seien neue Zwerggebilde von Staaten geschaffen, die für unser Industrieland den Austausch von Waren besonders störten, während die volkreichsten Länder wie Rußland, China und Indien auf dem Weltmarkte ausfielen. Die jetzt viel diskutierte und verlangte



### öffentliche Arbeitsbeschaffung

erfordere vor allem eine ausreichende **Kapitalbeschaffung**. Woher diese aber nehmen, wenn jede höhere Besteuerung zur Zeit unmöglich und ebenso der Weg über Anleihen sei, falls man nicht gerade der Wirtschaft selbst die Erhaltungs- und Lebensbedingungen verbauen wolle? Er selbst habe früher dem Gedanken einer **Arbeitsdienstpflicht** sympathisch gegenüber gestanden. Sie heute durchzuführen, scheitere einfach an den dafür aufzubringenden Kosten.

In ausführlich gehaltenen Darlegungen ging der Minister dann auf das

### Problem der Preissenkung

ein. In Hinsicht auf die Förderung unseres Exportes und besonders auch als Abwehr gegen übertriebenen Import müsse sie durchgeführt werden. Falsch sei es aber, wenn diejenigen, die Bedarf haben und kaufen können, jetzt mit Einkäufen zurückhalten in der Erwartung, daß eine noch stärkere Senkung eintreten würde; dadurch werde die wirtschaftliche Lage unnötig verschlimmert. Von der Regierung könne jetzt nur noch ein weiterer Druck auf Tarifgebieten und bei Markenartikeln ausgeübt werden.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen ging Minister Dr. Schreiber auch auf den **Abbau der Gehälter und Löhne** ein und vertrat dabei die Auffassung, daß nicht eine Kürzung des Reallohnes, sondern eine Ausgleichung des Nominallohnes an die veränderten Verhältnisse das Erstrebenswerte sei. Als Vorleistung auf den Gehaltsabbau könne die durch die Wirtschaftskrise veranlaßte Preissenkung gelten.

Mit dem Schlagwort

### Brechung der Zinsknechtschaft

räumte Dr. Schreiber, ohne daß auch nur ein einziger Widerspruch gehört wurde, endgültig auf. Gerade der Wahlausfall des 14. September habe uns die Zurückziehung großer und kurzfristiger Anleihebeträge aus Deutschland gekostet. Gerade diejenigen, die dauernd mit Umsturz drohen, treiben uns in eine Zinsknechtschaft hinein, bei der die Risikoprämie für ausländische Anleihen eine immer größere Höhe erreiche.

Im letzten Jahrzehnt habe Deutschland einen ständigen Kampf gegen Not und Krisen zu führen gehabt. Die großen Leistungen des deutschen Volkes auf allen Gebieten berechtigten aber auch in der gegenwärtigen Notzeit zu einem Optimismus. Heraus deshalb aus kleinlichem Parteihader! Nationale Geschlossenheit und staatliches Verantwortungsbewußtsein müßten wieder die Träger jeglicher politischen und wirtschaftlichen Arbeit werden!

Die Massen der Zuhörerschaft dankten Minister Dr. Schreiber durch langanhaltenden sich immer wiederholenden Beifall. Nach kurzer Diskussion sprach Dr. Schreiber dann in dieser imposanten Kundgebung das Schlußwort und eilte darauf in die Parallelversammlung, die sein Erscheinen mit Jubel begrüßte.

Beide Veranstaltungen waren für die Deutsche Staatspartei in Halle ein guter Erfolg. Auf zu gleicher Arbeit auch in den anderen Orten unseres Bezirks!

**Wirtschaft und „Drittes Reich“.** In dem Geschäftsbetriebe der Firma H. Schnee Nachf. in Halle (Saale) muß man starkes Vertrauen in den wirtschaftlichen Aufschwung des von den Nationalsozialisten propagierten „Dritten Reiches“ setzen, da die Firma in der Nr. 54 des nationalsozialistischen Blattes „Der Kampf“ eine vierseitige Weihnachtsbeilage veröffentlicht und zu Weihnachtseinkäufen auffordert. Das Blatt „Der Kampf“ ist so nett, in einem Hinweis ausdrücklich auf die Beilage dieser deutschen Firma aufmerksam zu machen.

### Deutsche Staatspartei Eisleben

Die Deutsche Staatspartei, Ortsgruppe Eisleben, veranstaltete kürzlich im „Schiffchen“ ihre erste Mitgliederversammlung. Die Versammlung nahm zunächst den Bericht über den I. Parteitag in Hannover entgegen. Die dann erfolgte Vorstandswahl ergab als I. Vorsitzenden Herrn Haase-Eisleben, der für das ihm geschenkte Vertrauen dankte und dabei ausführte, daß es nicht leicht sei, in einer Blütezeit des politischen Radikalismus, einer Zeit schwerster wirtschaftlicher Krisen und härtester sozialer Kämpfe, eine neue Partei der Mitte, eine Partei des Ausgleiches der unüberwindlich scheinenden Gegensätze, zu gründen. Wenn es geschehen ist, so ist das ein Zeichen von Mut und Tatkraft, auf das die Männer, die das Werk in Angriff nahmen und vollendeten, mit Recht stolz sein dürfen. Wir stehen in der deutschen Staatspartei auf dem Boden eines nationalen republikanischen und sozialen Volksstaates, dessen Ausbau unser höchstes Ziel bleibt. Dabei sehen wir den Ausdruck nationaler Gesinnung nicht in einem Kampf aller gegen alle, wie ihn extreme politische Richtungen heute führen oder etwa in Anbiederungen bei unseren ehemaligen Gegnern, sondern wir sehen ihn in der Arbeit aller für alle. Die Kräfte, die unser Volk zerreißen, können nur dann überwunden werden, wenn es gelingt, die gegenwärtige Notzeit zu beseitigen und geordnete Verhältnisse in allen Zweigen der Verwaltung und des Finanzwesens herbeizuführen und der deutschen Volks- und der Weltwirtschaft neuen Auftrieb zu geben. Auf die Erreichung dieses Zieles ist die gesamte Arbeit der Vertreter der Deutschen Staatspartei in den Parlamenten des Reiches und der Länder und der Gemeinden gerichtet.

Wenn die Volksnationale Reichsvereinigung, die im Wahlkampfe mit uns zusammenarbeitete, den gemeinsam beschrittenen Weg verlassen hat, so ist das im Interesse der so notwendigen gemeinschaftlichen und sachlichen Arbeit tief bedauerlich. Wenn aber die Führer dieser Bewegung und die, die es sein wollen oder sein möchten, glauben, die gelichteten Reihen ihrer Mannen nur durch Verunglimpfung der politischen Freunde von gestern wieder füllen zu können, so ruft das nur ein mitleidiges Achsel-

zucken hervor. Im übrigen sind die 6 Abgeordneten der Volksnationalen Reichsvereinigung von den Freunden der Staatspartei gewählt.

Die Gründung der Deutschen Staatspartei ist ein Markstein in der politischen Wirksamkeit der bürgerlichen Mitte. Helfen wir alle zu unserm Teil mit, daß sie ein Ausgangspunkt einer neuen kraftvollen Bewegung wird zum Wohle unseres Volkes und des Reiches.

**Weißenfels.** In einem von der Frauengruppe veranstalteten Vortragsabend, zu dem auch Gäste Zutritt hatten, sprach Herr Ottomar Schäfer über die Geschichte und Sagen der Wartburg. In zweistündigen Ausführungen führte der Redner die Versammlung durch die vielen Jahrhunderte der Geschichte der Wartburg und fand aufmerksame und dankbare Zuhörer, welche seinen interessanten Ausführungen lebhaften Beifall spendeten.

**Der Liberale Kreisverein Torgau** hielt am Montag eine Mitgliederversammlung ab, in der zunächst über die Ergebnisse der letzten Wahlen berichtet wurde. Von dem Vorsitzenden wurde sodann über die Verhandlungen und Beschlüsse gelegentlich des letzten Parteitages der Deutsch-Demokratischen Partei und der anschließenden Gründung der Deutschen Staatspartei in Hannover gesprochen. Nach einer sehr eingehenden Stellungnahme zu diesen Beschlüssen wurde der Anschluß des hiesigen Kreisvereins an die Deutsche Staatspartei einstimmig beschlossen. Schließlich wurde dann noch über die wichtigsten Abänderungen der Satzungen beraten, sowie der Kassenbericht entgegengenommen und als Vorsitzender des Kreisvereins Herr Sanitätsrat Dr. Franke wieder, zum stellv. Vorsitzenden Herr Sanitätsrat Dr. Schöne neu gewählt. Der in Aussicht genommene Bericht über Kreistags-Angelegenheiten mußte infolge der vorgerückten Zeit für die nächste Mitgliederversammlung vorgesehen werden.

**Eilenburg.** Stadtrat Julius Lieboldt ist am 28. Nov. ganz unerwartet einem Herzschlage erlegen. Die Deutsche Demokratische Partei, der er seit ihrer Gründung angehörte und auch die Deutsche Staatspartei verlieren in ihm einen treuen und überzeugten Mitkämpfer. Der Verstorbene war kürzlich als Berufsschuldirektor in den Ruhestand getreten und nach den letzten Stadtverordnetenwahlen zum Stadtrat gewählt worden. In der Partei war er seit der Staatsumwälzung der Vorsitzende der Eilenburger Ortsgruppe und auch Kreisvereinsvorsitzender. An den Bezirksvertretertagungen und Wahlkreisparteitagen nahm er regen Anteil und bekundete mit Rat und Tat seine Liebe und Anhänglichkeit zur Partei. Wir trauern um ihn als einen lieben aufrechten Gesinnungsfreund.

Verlag: Deutsche Staatspartei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30  
Verantwortlich: Johannes Dornblüth, Halle (Saale).

# Politischer Wegweiser für Freiheit und Vaterland

Erscheinungstage: 10. und 25. im Monat. Bezugspreis 75 Pf. monatlich

Nr. 23 Halle (Saale), 10. Dezember 1930 11. Jahrgang

## Massenversammlung der Staatspartei Ortsgruppe Halle

Ueberfüllter Saal - Stürmische Zustimmung - Parallelversammlung

Der Monat Dezember gilt als Weihnachtsmonat für politische Versammlungen als wenig geeignet. Trotzdem hatte die Ortsgruppe Halle der deutschen Staatspartei den Versuch gemacht, politisch interessierte Männer und Frauen zu einem Aufklärungs- und Ausspracheabend einzuladen, um einige in der letzten Zeit

zu klären und zu  
elungen. Der ge-  
nl ausgenutzt war,  
sbesucher als viel  
die Polizei den  
ersammlung ein-  
mußten viele um-  
einen Einlaß mehr  
mit diesem Auf-  
al vor die Oeffent-  
s ein starker Er-  
das die zahlreich  
Erfolg auch durch  
eten Ausführungen  
a muß lange Zeit  
Besuch und einen  
ung feststellen zu  
anders eingestellte  
ann und unter der  
Handelsministers,  
politik und unserer  
nd wiederum auch  
und Wege zu ihrer  
lles einzugehen.  
chreiber u. a. aus,  
twirtschaft prüfen.  
n erster Linie die  
ktate  
seien neue Zwerg-  
Industrieland den  
während die volks-  
en auf dem Welt-  
nd verlangte

